

**Bezirkstag Pfalz**



**Infobrief**

## **Rundbrief Nr. 16/ Dezember 2017**

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr meine Rede zur Einführung eines Beteiligungsausschusses Pfalzwerke AG, die Haushaltsrede 2018 sowie meine Pressemitteilungen seit Juli. Ich wünsche euch viel Spaß und Information beim Lesen.

Weitere Informationen wie immer auf [www.die-linke-bezirkstagpfalz.de](http://www.die-linke-bezirkstagpfalz.de).

Mit solidarischen Grüßen

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

## **Antrag zur Einführung eines Beteiligungsausschusses des Bezirkstages**

### **Rede Brigitte Freihold zum Antrag vom 28. August 2017:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

das zuständige Organ des Bezirksverbandes, das über Entscheidungen der Pfalzwerke AG zu beraten und zu beschließen hat, ist der Bezirkstag. Der Bezirkstag in seiner Gesamtheit und nicht eine Untergruppe oder Teilmenge. So legt es die Gemeinde- bzw. Landkreisordnung fest. Der Bezirkstag in seiner Gesamtheit hat nach § 88 der Gemeindeordnung ein Weisungsrecht gegenüber den Vertretern des Bezirksverbandes in den Gremien von Gesellschaften, an denen der Bezirksverband beteiligt ist. Dazu gehört auch die Pfalzwerke AG. Im Übrigen ist jedes Mitglied eines Aufsichtsrats oder vergleichbarer Gremien, völlig unabhängig davon, ob es sich um eine GmbH, AdöR oder AG handelt, immer und in erster Linie dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Dieses Argument zieht also nicht. In Wirklichkeit sind es rein praktische Gründe, die den vorliegenden Antrag hervorgebracht haben. Das kann es aber nicht sein! Die Gemeindeordnung ist Ausfluss der in Artikel 28 Grundgesetz festgelegten kommunalen Selbstverwaltung. Diese sollte nicht

leichtfertig aufs Spiel gesetzt und verunstaltet werden, weil sie nicht in den Terminkalender passt.

Ganz und gar abzulehnen ist eine Personenidentität zwischen Aufsichts- und Beschlussgremium. In diesem Fall zwischen den Mitgliedern im Aufsichtsrat der Pfalzwerke AG und dem neu zu gründenden Beteiligungsausschuss. Beschlussfassung und Kontrolle in einer Hand verstoßen gegen elementare demokratische Grundsätze und werden daher von der LINKEN nicht mitgetragen. Die Übertragung der Entscheidungskompetenz auf einen Beteiligungsausschuss bedeutet eine Beschneidung der Rechte des Bezirkstages. Demokratische Entscheidungen und originäre Rechte der Bezirkstagsmitglieder praktischen Erwägungen unterzuordnen, ist mehr als fragwürdig. Demokratie nach Terminkalender und Kassenlage ist schlechterdings unmöglich.

DIE LINKE im Bezirkstag lehnt den vorliegenden Antrag ab.

## **Haushaltsrede 2018**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsentwurf des Bezirkstags Pfalz schließt mit einem nicht unerheblichen Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt von 2,58 Millionen Euro ab. Auch wenn die zahlungsunwirksamen Leistungen in Höhe von 6,1 Mio heute erst einmal nicht dem aktuellen Defizit im Ergebnishaushalt zugerechnet werden, muss man sich immer vor Augen halten: In relativ naher Zukunft werden sie eben doch zahlungswirksam werden! Dann müssen die Pensionsrückstellungen ausgezahlt werden, dann sind die Gebäude abgeschrieben, dann muss saniert werden! Deswegen, machen wir uns nichts vor: Auch die Zahlen des Etats 2018 sind nur auf den ersten Blick, nur bei oberflächlicher, isolierter Betrachtung positiv. Im Finanzhaushalt wird zwar ein Überschuss von 911.000 € erzielt, doch auch hier ist ein tieferer Blick aufschlussreich: Denn der Fehlbetrag für Investitionstätigkeiten beläuft sich auf 3.1 Mio €, die liquiden Mittel werden weiter abgeschmolzen, dennoch müssen Investitionskredite in Höhe von 1.6 Mio € aufgenommen werden und die Neuverschuldung steigt, wenn auch moderat, weiter an.

Trotz leicht gestiegener Zuwendungen durch das Land Rheinland-Pfalz muss der Bezirkstag Pfalz also erneut 1,6 Millionen Euro an Krediten aufnehmen, um die ihm übertragenen Aufgaben zu erfüllen und die Einrichtungen des Bezirkstages zu unterhalten. Für zukünftige Verpflichtungsermächtigungen sind weitere 3 Millionen Euro für Investitionskredite eingeplant. Im Vergleich zu den hoch verschuldeten kreisfreien Städten im Bezirksverband Pfalz sieht die erneut auf 7 Millionen festgelegte Obergrenze für Liquiditätskredite harmlos aus, zumal sie bisher nicht ausgeschöpft wurde. Dennoch ist dies ein nicht zu unterschätzendes Alarmsignal.

Wir alle wissen, dass die hohe Verschuldung der Kommunen größtenteils der Tatsache geschuldet ist, dass die Pflichtaufgaben im Sozialbereich durch Bund und

Land nicht kostendeckend finanziert werden. Der Bezirkstag Pfalz hat diesen Aufgabenbereich nicht zu finanzieren. Viele der Aufgaben, die der Bezirksverband übernommen hat, fallen bei den Kommunen als „freiwillige kommunale Leistungen“ an und fristen wegen mangelnder Finanzmittel nur noch ein Kümmerdasein.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass der tatsächliche Finanzbedarf des Bezirksverbandes vom Land nicht die notwendige Wertschätzung und die dafür nötige Finanzausstattung erhält, sondern es zugelassen, ja gefordert wird, dass die Verschuldung nur durch größte haushalterische Disziplin a la „schwäbische Hausfrau“ und, leider, auch durch die Verwendung von Kniffen wie „negativen Zukunftsinvestitionen“, im zulässigen Rahmen gehalten werden kann, wobei auch der Verlust des Tafelsilbers billigend in Kauf genommen wird. Die Mittel des Bezirksverbandes dienen fast vollständig der Aufrechterhaltung der normalen Geschäftstätigkeit. Die Verschuldung des Bezirksverbandes betrifft also unmittelbar und direkt die Substanz. Die kontinuierlich schrumpfende Eigenkapitaldecke ist dafür ein deutliches Indiz. Das Eigenkapital wird sich von 42,5 Millionen Euro in 2015 auf geplante 32,6 Millionen im Haushaltsentwurf 2018 verringern – das sind 10 Mio. in 3 Jahren! - und wird voraussichtlich bis 2021 auf rund 28 Millionen um mehr als ein Drittel geschrumpft sein. Gleichzeitig fallen die geplanten Zuwendungen des Landes Rheinland-Pfalz wohl auch in den kommenden Jahren zu gering aus, um einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Es ist daher nicht absehbar, wann das Wirtschaften auf Verschleiß aufhören könnte. Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, ist die noch vorhandene Substanz in absehbarer Zeit aufgebraucht.

Und dann?

Nicht oft genug kann betont werden, dass insbesondere die Finanzierung der Einrichtungen nach § 15 der Bezirksordnung im Sinne der Konnexität auskömmlich zu erfolgen hat. Wie in den vergangenen Jahren ist dies allerdings auch im Haushaltsentwurf 2018 nicht der Fall. Der Bezirksverband muss erneut ein Defizit von 3,5 Millionen in diesem Bereich ausgleichen. Dies erfolgt vor allem durch Sparmaßnahmen, aber auch durch Einnahmenverrechnung aus anderen Bereichen, die damit, ja, fast schon möchte man sagen: zweckentfremdet werden. Das Land hat bestimmte Aufgaben bzw. Einrichtungen auf den Bezirksverband übertragen, die in anderen Landesteilen per Gesetz Landesaufgaben sind und damit selbstverständlich aus dem Landeshaushalt finanziert werden müssen und auch finanziert werden!

Es ist daher inakzeptabel, dass die gleichen Aufgaben, nur weil sie im Gebiet des Bezirksverbandes Pfalz erbracht werden, nicht über den Landeshaushalt finanziert bzw. über Zuweisungen ausgeglichen werden. Möglicherweise sollte doch einmal darüber nachgedacht werden, hier eine gerichtliche Klärung herbeizuführen.

Nach den bisherigen Bedingungen und Erfahrungen bei den Ausgleichszahlungen für die Erbringung von Pflichtaufgaben des Landes mutet es schon abenteuerlich an, wenn Berechnungen angestellt werden, wie man bis zum Jahr 2021 die defizitäre Haushaltslage des Bezirksverbandes ausgeglichen haben will. Bei solchen Berechnungen ist wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens. Diese Berechnungen sind politisch motiviert und solange unseriös, bis Verhandlungen bzw. Gerichtsurteile eine konkrete Veränderung der Sachlage tatsächlich erbracht haben.

Zwar ist tatsächlich ein bescheidener finanzieller Handlungsspielraum durch die prognostizierte höhere Bezirksverbandsumlage und die höhere Dividende der Pfalzwerke zu erwarten.

Doch mehr als Zweidrittel der Aufwendungen bestehen aus Personalkosten, die auch in den kommenden Jahren kontinuierlich weiter steigen werden. Die Personalkostensteigerung beruht überwiegend auf Tarifabschlüssen, die aus Arbeitnehmersicht weder besonders üppig waren, noch etwa einem besonders hohen Personalschlüssel geschuldet wären. Im Gegenteil: Die Personalausstattung bewegt sich in allen Bereichen jeweils an der unteren Grenze, zumal von den verdeckten Einsparmöglichkeiten wie halbjährliche Einstellungssperren bei Stellenneubesetzungen oder grundsätzlichem Nichtbesetzen von vakanten Stellen ja durchaus reger Gebrauch gemacht wird.

Angesichts der schwierigen Haushaltslage fällt es schwer, ein positives Bild für die zukünftige Entwicklung des Bezirksverbandes zu entwickeln. Dabei stehen wir gerade in den kommenden beiden Haushaltsjahren vor großen Aufgaben und gewaltigen Herausforderungen:

Für den Naturpark Pfälzerwald steht die Verabschiedung eines neuen Handlungsprogramms für die nächsten 5 Jahre an. An guten Ideen und sinnvollen Projekten dürfte es kaum mangeln, dafür umso mehr an den finanziellen Mitteln für deren Umsetzung. Der Kern des MAB-Gedankens ist das nachhaltige Zusammenwirken von Mensch und Umwelt und nicht umsonst lautet eine der Kernaussagen der UNESCO, dass Biosphärenreservate der Erforschung der Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt im Sinne eines integrierten Monitoring zu dienen haben. Deshalb müssten im neuen Handlungsprogramm dringend mehr ökonomische und soziokulturelle Aspekte berücksichtigt werden, die auf eine spürbare Verbesserung der Erlebbarkeit des MAB-Gedankens hinauslaufen. Für eine Neuausrichtung des Handlungsprogramms, ohne dabei bisherige Schwerpunkte zu vernachlässigen, stehen die Chancen allerdings gering. Besonders dann, wenn man sich eine im wahrsten Sinne des Wortes „Großbaustelle“ in Erinnerung ruft: Seit Jahren wird über die Notwendigkeit der überwiegend energetischen Sanierung der Pfälzerwaldhütten gesprochen. Getan hat sich bis heute eher wenig. Dieselbe „Erfolgsmeldung“, jetzt würde mal die Sanierung zweier Hütten in Angriff genommen, steht seit Jahren im Raum. Dabei ist ein gut ausgebautes und modernisiertes Hüttenwesen für die Erlebbarkeit des Biosphärenreservats von eminenter Bedeutung und nicht zuletzt einer der entscheidenden Faktoren für den Wandertourismus, der dringend als Einnahmequelle benötigt wird. Ohne eine funktionierende und ansprechende Infrastruktur in diesem Bereich wird es kaum gelingen, die Attraktivität des Pfälzerwaldes als Erlebnisort im Sinne eines sanften und nachhaltigen Tourismus zu steigern.

Bleiben wir noch einen Augenblick bei der Verantwortung des Landes Rheinland-Pfalz. Seitdem der Bezirksverband Pfalz die Trägerschaft für den Naturpark Pfälzerwald übernommen hat, sind die Finanzprobleme virulent. Von Seiten der Landesregierung wird bisher die Schaffung eines eigenständigen Haushaltstitels Naturpark Pfälzerwald abgelehnt, stattdessen auf Fördermöglichkeiten der EU verwiesen. Die direkten Zuschüsse des Landes für den Naturpark Pfälzerwald

beschränken sich weitgehend auf Personalkosten für wissenschaftliche Mitarbeiter und Sachkosten. Die vielfältigen Aufgaben wie Natur- und Artenschutz, Klimaschutz, naturnahe Erholung, nachhaltiger Tourismus, Regionalentwicklung, Bildung und Information zu Landschaft und Natur oder umweltgerechte Landnutzung lassen sich damit bei weitem nicht finanzieren. Die damit verbundenen Kosten fließen – wenn überhaupt – innerhalb von speziellen Handlungsprogrammen der Landesregierung zurück, stellen aber keine eigenständige Finanzierungsgrundlage des Naturparks dar. Ansonsten verweist die Landesregierung gerne auf die Projektförderung durch EU-Töpfe, allen voran LEADER und das daraus abgeleitete Entwicklungsprogramm Eulle auf Landesebene.

Gerade letzteres ist für die Finanzierung von Aufgaben des Naturparks überhaupt nicht gedacht, sondern das Programm soll Einzelprojekte der ländlichen Entwicklung fördern, die, verteilt über ganz Rheinland-Pfalz und keineswegs beschränkt auf den Bezirksverband, von den lokalen Aktionsgruppen bis hin zu Privatleuten für das Förderprogramm angemeldet werden sollen - deshalb sollen, weil dies in der Praxis vollkommen anders aussieht. In der Realität sind die bürokratischen Hürden dafür so hoch und die praktische Handhabung so intransparent und kompliziert gestaltet, dass letztendlich politisch besetzte Fachgremien die Entscheidungen treffen. So müssen lokale Leader Aktionsgruppen erst mal gemeinnützige Vereine gründen, bis sie überhaupt tätig werden können. Darauf sattelt zusätzlich noch ein Regionalmanagement und ganz oben das zuständige Ministerium, das über die Vergabe der Fördermittel entscheidet. Damit wird das propagierte „Bottom Up“ - Prinzip ab absurdum geführt, denn politische Laien oder gar Bürgerinnen und Bürgerinnen haben in diesem Förderdschungel und auf den unterschiedlichen Entscheidungsebenen kaum eine Chance, sich durchzusetzen. Sie dürfen in öffentlichkeitswirksam gestalteten Anhörungen ihre Ideen und Konzepte abliefern – entscheiden, was tatsächlich umgesetzt wird, tun andere. Und mit dieser Förderpraxis schließt sich der Kreis. Das Land überträgt umfängliche Aufgaben auf den Naturparkträger, ohne die dafür erforderliche Finanzierung bereit zu stellen. Dafür werden dann EU-Töpfe angezapft und damit dem Grunde nach zweckentfremdet, indem genau die Projekte finanziert werden, die die Finanzierungslücken des Naturparks schließen helfen und deshalb politisch erwünscht sind.

Für die Weiterentwicklung der Pfalzakademie Lambrecht zu einer Umwelt- und Weiterbildungsakademie wurde ein überzeugendes inhaltliches Konzept vorlegt. Was fehlt, ist jegliches Finanzierungskonzept. Gerade in Hinblick auf die Neuausrichtung von Umweltbildung hin zu einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist dies eine echte Chance für die Pfalzakademie, sich zukunftsfähig aufzustellen. Diese Chance soll ergriffen werden, doch ohne dabei in finanzieller Hinsicht im Nebel zu agieren. Deshalb kann es keinen Automatismus in Form eines Grundsatzbeschlusses für eine Umwelt- und Weiterbildungsakademie der Pfalz geben, solange grundlegende Finanzierungsfragen nicht geklärt sind. Das vorliegende Gutachten geht von erheblichen Steigerungen der Übernachtungszahlen und einer deutlich höheren Auslastung der Seminarangebote und somit von einer Steigerung der Einnahmen in diesen Bereichen aus. Die Leitung der Pfalzakademie sieht dies in einigen gewichtigen Punkten durchaus kritisch. Daher sollte der Gedanke, das Land als Mit-Träger ins Boot zu holen, ernsthaft in Erwägung gezogen werden und mit der Landesregierung über eine Beteiligung bei der Trägerschaft verhandelt werden.

Schließlich ist auch das Land Rheinland-Pfalz an der Umsetzung des Nationalen Aktionsplanes BNE dran, gerade wird die Stelle als Landeskoordinator/ Koordinatorin für BNE/ Globales Lernen ausgeschrieben -und steht daher in einer Mitverantwortung, zumal der Standort Lambrecht der erste Bildungsstandort dieser Art in unserem Bundesland wäre. Gerade wenn die Subventionen des Bezirksverbandes, die vom Vorsitzenden des Bezirkstages auf 650.000 Euro jährlich beziffert wurden, nicht steigen sollen, kann die vor uns liegende Aufgabe ohne Mitträgerschaft des Landes kaum bewältigt werden. Sich auf die Fördertöpfe des Landes und der EU zu verlassen, könnte nicht ausreichend sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,

über dem Haushalt des Bezirksverbandes schwebt ein weiteres Damoklesschwert. Auf Grund des kommunalen Baubooms schießen die Preise für Architekten-und Bauleistungen durch die Decke. Die meisten Kostenvoranschläge für geplante Bauvorhaben sind bereits kurz nach ihrer Verabschiedung Makulatur. Nicht nur in der Verantwortung des Bezirksverbandes, sondern in allen rheinlandpfälzischen Kommunen, wurden Bauvorhaben und Sanierungsmaßnahmen auf Grund der angespannten Haushaltslage solange hinausgezögert, bis buchstäblich der Putz von den Decken gefallen ist und es keinen Aufschub mehr gab. Es ist immer eine schlechte Verhandlungsposition, wenn mein Gegenüber weiß, dass ich praktisch keine Wahl habe, als auf sein Angebot einzugehen. Verschärft wurde diese Gemengelage aus kommunalen Sanierungsstau und vollen Auftragsbüchern in der Baubranche durch die Politik der „Schwarzen Null“ auf Bundesebene, aber auch durch eine Schuldenbremse im Verfassungsrang in Rheinland-Pfalz. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen ist es fahrlässig, notwendige Investitionen in die Infrastruktur zu unterlassen und sie auf Grund einer falschen Finanzpolitik in die Zukunft zu verschieben. Jeder gestern nicht investierte Euro kostet heute das Doppelte und morgen vielleicht schon das Dreifache. In dieser Situation befinden wir uns gegenwärtig. Wenn Bau- oder Kreditzinsen weiter anziehen, wird sich dies zuspitzen. Deshalb müssen Bauvorhaben des Bezirksverbandes, bei aller gebotenen Sorgfalt und Seriosität bei Planung und Finanzierung, nun zügig und notfalls über weitere Kredite angegangen werden, bevor die Niedrigzinsphase tatsächlich zu Ende ist oder auf Grund von kommunalen Ratings und der Geschäftspolitik der Kreditinstitute wenige bis gar keine Kredite mehr vergeben werden.

In diesem Zusammenhang sollte an die im Haushalt 2019 anstehende Generalsanierung des Historischen Museums der Pfalz in Speyer erinnert werden.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

das Land Rheinland-Pfalz hat mit der Gewährsträgerschaft der Pfalzlinik eine Pflichtaufgabe der Gesundheitsversorgung auf den Bezirkstag übertragen und sollte im Sinne der in der Landesverfassung verankerten Konnexität dafür auch die tatsächlich entstehenden Kosten übernehmen. Dies ist nicht der Fall, obwohl das Land prinzipiell die gleichen Kosten für die Pfalzlinik als Landeslinik zu tragen hätte. Dies führt möglicherweise deshalb auch in den kommenden Jahren zu steigenden Defiziten und steigender Verschuldung des Bezirksverbandes.

Auch die Zuwendungen des Bezirkstages an die kommunalen Einrichtungen und Beteiligungen bleiben nahezu gleich. Dies führt dazu, dass die kommunalen Einrichtungen schon auf Grund der allgemeinen Kostensteigerungen ebenfalls weitere Defizite aufbauen werden.

Aktuelle Beispiele von die Kommunen finanziell überfordernden oder vom Land abgeschobenen Projekte finden sich auf der heutigen Tagesordnung: Sowohl das Biosphärenhaus als auch das Zweibrücker Gestüt beantragen nicht ohne entsprechende Nöte eine Co-Finanzierung vom Bezirksverband. Dem Land kann es Recht sein, wenn der Bezirksverband zum Sammelbecken defizitärer kommunaler Einrichtungen wird – die Stringenz, mit der man sich des einmaligen Konstrukts Bezirksverband bedient, um kommunale Finanzprobleme auf einem kommunalem Verschiebebahnhof hin und her zu bewegen, ist durchaus bemerkenswert.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Kulturbereich sieht es keineswegs besser. Jeder schmückt sich gerne mit Kultureinrichtungen und den dort angebotenen, hochkarätigen Darbietungen, allen voran mit dem Pfalztheater. Durch die Deckelung der Ausgaben für freiwillige Leistungen werden insbesondere kulturelle Einrichtungen für die beteiligten Kommunen nahezu unfinanzierbar. Die Städte Kaiserslautern und Ludwigshafen hatten deshalb das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur angeschrieben mit der Bitte, doch wenigstens die jährlich anstehenden und berechtigten Tariferhöhungen für die Beschäftigten in den entsprechenden Haushaltsansätzen berücksichtigen zu können. Das Ministerium erklärte, man sei bereit, die anstehenden Tariferhöhungen für die Beschäftigten zu übernehmen, allerdings nur in der Höhe, wie sie die Träger der Einrichtungen selbst erbringen. An der festgelegten Deckelung, d.h. keine Aufstockung der freiwilligen kommunalen Kulturausgaben, wollte man nicht rütteln. Damit beißt sich die Katze in den Schwanz, denn Tariferhöhungen und andere Kostensteigerungen führen logischerweise zu Mehrausgaben bei den freiwilligen Leistungen, die gerade von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ADD in verschuldeten Kommunen – und das sind die meisten im Bezirksverband – nicht genehmigt werden. Die ADD stellt mit ihrem Verhalten die Kommunen letztendlich vor die Wahl, entweder ein Theater zu schließen, um das Schwimmbad zu erhalten oder umgekehrt. Denn Mehrausgaben bei der einen freiwilligen Leistung müssen durch Einsparungen bei der anderen freiwilligen Leistung gegenfinanziert werden.

Gerade der Bezirksverband als Träger wichtiger Kultureinrichtungen ist nun in der Pflicht, einen Appell an die Landesregierung zu richten. Einzelaktionen der Kommunen sind erwünscht, aber gemeinsam mit einer Stimme zu sprechen ist wirkungsvoller.

Die Landesregierung ist in der Pflicht: Sie muss tiefer in die Tasche greifen, wenn die übertragenen Aufgaben in Kultur und Bildung, in Natur- und Verbraucherschutz und nicht zuletzt im Bereich Gesundheit und Soziales auch zukünftig ihren Stellenwert für die Menschen im Land behalten sollen. Wenn man ein Pfalztheater, eine Pfalzgalerie oder eine Pfalzbibliothek haben will, dann muss man dafür sorgen, dass deren

kulturelles Angebot mit dem qualitativen Niveau überregionaler Einrichtungen für Kunst und Kultur mithalten kann. Das kostet Geld und das muss es uns wert sein.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

etwas erholen könnten sich die Beteiligungsgewinne aus dem Energiegeschäft der Pfalzwerke AG, wenn die Aktiengesellschaft die Dividende im Jahr 2018 tatsächlich um einen Euro erhöht. Mit 7 statt 6 Euro pro Aktie würde sich ein Gesamtertrag von 6,8 Millionen Euro vor Steuern ergeben. Dennoch ist der Bezirksverband mit seiner Gesamteinnahmesituation immer noch weit davon entfernt, für eine qualitative, aufgabengerechte und zukunftsweisende Weiterentwicklung der Einrichtungen und Aufgaben sorgen zu können. Es bleibt also auch 2018 bei der Verwaltung des Mangels wie in den vorangegangenen Jahren. Die dürftigen Investitionen in die Einrichtungen des Bezirksverbandes und den Eigenbetrieb LUFA machen aus dem Bezirksverband in weiten Strecken einen Reparaturbetrieb. Eine Steuerung im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung ist damit nicht möglich.

Derivative Finanzierungsinstrumente für die Beschaffung von Krediten laut Haushaltssatzung lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Der Umgang mit Steuergeldern verbietet per se den Abschluss von Wetten auf die zukünftige Entwicklung der Finanzmärkte.

Wie meine Ausführungen zeigen, gelten die meisten Kritikpunkte dem Land Rheinland-Pfalz, das sich seiner Verpflichtung entzieht, die übertragenen Aufgaben auskömmlich zu finanzieren. Der Bezirksverband macht stets brav seine Hausaufgaben und wendet jeden Cent, bevor er ihn ausgibt. Das ist zwar durchaus anerkennenswert, jedoch nicht zielführend.

Vielleicht sollte einfach mal kräftiger auf den Tisch gehauen werden, um die berechtigten Forderungen nach Konnexität zu Gehör zu bringen.

Dann könnte ich dem Haushaltsentwurf mit gutem Gewissen zustimmen .... So werde ich mich wieder enthalten müssen.

## **Pressemitteilungen**

Pressemitteilung 25. Oktober 2017

### **Gesundheitsrisiken beim Kerosin-Schnellablass sind nicht untersucht**

**DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz: Großteil des abgelassenen Kerosins über der Pfalz stammt von Militärflugzeugen**

Die Start- und Landekorridore mehrerer ziviler Großflughäfen, beispielsweise Frankfurt, liegen über Rheinland-Pfalz. Dazu kommen Militärflughäfen, der größte



davon ist die Ramstein-Airbase. Wie viel Kerosin tatsächlich über der Pfalz abgelassen wird, ist unbekannt. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen von 2016 geht hervor, dass die tatsächlich abgelassenen Treibstoffmengen nicht immer vorliegen. Zudem spricht die Bundesregierung lediglich von „erfassten Mengen“ und lässt dabei offen, ob es zu weiteren Notablässen im betrachteten Zeitraum gekommen sein könnte, insbesondere im militärischen Bereich. Keine Antwort hat die Bundesregierung auf die Frage, welche Gesundheitsrisiken und Umweltgefahren durch Kerosinregen entstehen. Dazu liegen keine Untersuchungen vor.

Dazu erklärt DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, Brigitte Freihold: „Grundsätzlich berufen sich die Behörden bei der Einschätzung von Kerosin-Schnellablässen auf Erkenntnisse, die fast 30 Jahre zurückliegen. Diese entsprechen nicht dem neusten Stand der Wissenschaft. Die Vorgaben der internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO, wie und in welcher Höhe Flugzeugkraftstoffe abzulassen sind, fußen auf diesen veralteten Daten. Unter welchen Umständen Militärflugzeuge Treibstoff ablassen ist von den Vorgaben der ICAO naturgemäß nicht erfasst und daher völlig unbekannt. Gerade über dem Gebiet der Pfalz stammt jedoch ein Großteil der abgelassenen Flugzeugkraftstoffe von Militärmaschinen. Am stärksten betroffen sind immer wieder Ramstein-Miesenbach und die angrenzende Region, sofern die Ablässe überhaupt registriert sind. Man nimmt an, dass etwa 8 Prozent des Kerosins die untere Atmosphäre und den Boden erreichen. Dies kann durch unterschiedliche Wetterbedingungen aber auch völlig unterschiedlich sein und die Mengen weitaus höher liegen. Fälle, bei denen Hunderte Menschen nach dem Versprühen von Kerosin über massive Beeinträchtigungen wie Atemwegsbeschwerden und Hautreizungen klagten, sind presseöffentlich. Dass Grenzwerte vermeintlich eingehalten sind, ist in den wenigsten Fällen konkret untersucht und basiert auf viel mehr auf Hochrechnungen. Die Grenzwertdebatte führt darüber hinaus ins Leere, denn sie betrachtet nur Spitzenwerte. Grundsätzlich reichern sich Schadstoffe gerade im Boden und im Grundwasser über Jahrzehnte oder noch länger an. Bisher gibt es aber nicht einmal eine wissenschaftliche Untersuchung der akuten Gesundheitsgefahren und Umweltbelastungen, geschweige denn Langzeitstudien.

Aus diesen Gründen kann es in der Debatte um den Kerosin-Schnellablass keine Entwarnung geben. Die von der CDU-Bundestagsabgeordneten Anita Schäfer gemachten Aussagen, das Ablassen von Kerosin sei ungefährlich und es werde Panik verbreitet, sind daher fahrlässig und unverantwortlich. Für das Jahr 2018 hat die Landesregierung weitere Untersuchungen angekündigt. Die Schaffung einer aktuellen Datengrundlage ist wichtig, aber nur eine Seite des Problems. Darüber hinaus müssen technische Lösungen gesucht werden, um das Ablassen von Kerosin deutlich zu verringern und das Militär in die Pflicht genommen werden.“

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz, MdB DIE LINKE

***DIE LINKE.***  
**im Bezirkstag Pfalz**